

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal zzgl. Bestellgeb.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Cöplienstraße 101, Stuttgart.

Inserate
pro 3spaltige Petitzeile 20 Pf.,
für Werbandsangehörige 10 Pf.,
Brieftanzeigen ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, anber-
falls der Abdruck unterbleibt.

Nov. 13

Stuttgart, den 30. März 1901

17. Jahrgang

Bekanntmachung

des Verbandsvorstandes.

Bei der Zahlstelle Königsberg i. Pr. kann von jetzt ab Arbeitslosenunterstützung verabsolgt werden.

Der Verbandsvorstand.

I. A.: A. Dietrich.

Ein Konflikt in Nürnberg.

Bekanntlich wurde auf unserem letzten Verbandstag in Berlin beschlossen, in allen Städten, wo Parteidruckereien vorhanden sind, Ermittlungen anzustellen, wie, wo und unter welchen Verhältnissen die Arbeiten für die Parteigeschäfte hergestellt werden. Auch sollen in den in Betracht kommenden Städten die Parteidruckereien veranlaßt werden, möglichst eigene Buchbindereien einzurichten eventuell Buchbinder einzustellen. Durch diese Ermittlungen kamen hier, sowie auch in anderen Städten, theilweise für die Parteidruckereien sehr ungünstige Sachen ans Tageslicht. Besonders hier in Nürnberg hat sich durch diese Angelegenheit ein sehr unangenehmer Streit zwischen der Gewerkschaft der Buchbinder einerseits und der Parteidruckerei andererseits entwickelt.

Der „Fränkische Kurier“ (Organ des Nürnberger Freisinn) hat sich sofort für diese Sache in hohem Maße interessiert und folgende Notiz darüber veröffentlicht:

„Nürnberg, 7. März. Ein interessanter Zwist ist im hiesigen sozialdemokratischen Lager entstanden. Es handelt sich um ein Vorgehen gegen das hiesige sozialdemokratische Parteiblatt, wobei die Ähnlichkeit mit den Vorfällen in Leipzig dem dortigen Parteiblatt gegenüber auffällt. Wir stützen uns dabei auf die Mittheilungen der auf gut sozialdemokratischem Boden stehenden „Deutschen Buchbinderzeitung“, dem Organ des Deutschen Buchbinderverbandes, sowie auf die in einer Versammlung der „organisirten“ Buchbinder gemachten Mittheilungen. Hiernach ist der Geschäftsleiter der „Fränk. Tagespost“ Herr Sybow durch eine Kommission aus Kreisen der organisirten Buchbinder ersucht worden, Buchbinder in die Druckerei einzustellen, was jedoch von Herrn Sybow mit dem Bemerkten abgelehnt worden sei, daß sich die Arbeiten außerhalb des Geschäftes billiger stellen. Nun zählten von den 3 Buchbindereien, welche die „Fränk. Tagespost“ beschäftigte, 2 wahre „Hungerlöhne“. Es sei jenes Vorgehen ein eigentümliches Verfahren für ein Blatt, welches in jeder Nummer seine Leser auffordere, „für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse“ einzutreten. Als es sich um die Arbeitseinstellung bei der Schußfabrik Tac & Co. in Burg bei Magdeburg gehandelt habe, seien in der „Fränk. Tagespost“ in jeder Nummer die Arbeiter gewarnt worden, von der genannten Firma Waaren zu beziehen, weil dieselbe die als gerecht anerkannten Forderungen ihrer Arbeiter nicht bewilligt habe. Wollte man aus diesem Vorgehen Konsequenzen ziehen, dann müßte man auch die Ergebnisse der „Fränk. Tagespost“ nun boykottieren. Die Versammlung nahm schließlich eine Resolution an, in welcher das Vorgehen der Leitung der Druckerei der „Fränk. Tagespost“ getadelt und gewünscht wird, daß alle „organisirten“ Buchbinder ihre Konsequenz ziehen möchten.“

Um der Sache ein Ende zu bereiten, wandten

wir uns an das Gewerkschaftskartell, welches uns jedoch an die Preßkommission verwies.

Daraufhin brachte die „Fränkische Tagespost“ folgende Notiz:

„Ein interessanter Zwist ist — wie der „Fränk. Kurier“ aus „sehr zuverlässiger Quelle“ erfährt — im hiesigen sozialdemokratischen Lager ausgebrochen. Es handelt sich dabei, „wie wir hören“, um folgenden Vorfall: Vor einiger Zeit erschien bei der Geschäftsleitung der „Fränk. Tagespost“ eine Kommission der hiesigen Schuhmachergehilfen und stellte an diese das wohlwollende Verlangen, daß die Firma innerhalb ihres Betriebes eine mechanische Schnellsohlerei einrichten müsse! Denn es habe sich nach einer in der gründlichsten Weise aufgenommenen Enquete herausgestellt, daß die Schuhmachermeister, bei denen das Personal der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei sein Schutzeug verlohnen und verriestern läßt, ihren Gehilfen „wahre Hungerlöhne“ zahlen. „Da dieses Vorgehen eines Arbeitgebergeschäftes ein sehr eigentümliches sei, indem daselbe doch sonst für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintritt“, so sei es die einzig richtige Konsequenz, daß durch die Einrichtung einer Schnellsohlerei durch die „Tagespost“ den Gehilfen ein den Forderungen ihrer Gewerkschaftsorganisation entsprechender Lohn garantiert wird. Da ferner der in Aussicht genommene Leiter der Schnellsohlerei eine ausgezeichnete Leberkenntnis besitze, so werde dieser auch zugleich die Aufsicht über das Papierlager der „Tagespost“ damit übernehmen. Wolle die Geschäftsleitung dieses durchaus gerechtfertigte Verlangen nicht eingehen, so werde man wohl einen Boykott der Druckerei in Aussicht nehmen müssen. — Wie wir nun weiter „hören“, wurde dieses doch gewiß sehr einsichtsvolle Verlangen seitens der Geschäftsleitung in „brüster Weise“ abgelehnt und man darf nun gespannt sein, wie sich diese Angelegenheit weiter entwickeln wird.“

Ist jemals eine Gewerkschaft in der Art und Weise vor der gesamten Arbeiterschaft lächerlich gemacht worden? Weil man unseren Bericht nicht widerlegen konnte und wollte, versuchte man es mit einem derartigen „sehr geistreichen Witz“. — Doch hat unsere Gewerkschaft diesen „Witz“ anders ausgelegt. Wir erblicken in diesem Artikel nicht nur eine infame Beleidigung unserer Zahlstelle, sondern unseres ganzen Verbandes. Wie kommt die Leitung der „Fränk. Tagespost“ dazu, eine Gewerkschaft, deren Mitglieber zum großen Theile sozialdemokratisch gestimmt sind, derartig vor den Kopf zu stoßen? Wäre dieser sogenannte „Schusterartikel“ nicht erschienen, so wäre sicherlich die Sache bereits beigelegt. Der Verfasser dieses Artikels muß wirklich ein „großer Schuster“ sein.

Zu einem weiteren Kurierartikel, anscheinend von einem Kollegen verfaßt, heißt es:

„Nürnberg, 14. März. Aus sozialdemokratischen Kreisen erhalten wir folgende Zuschrift: „Vier Tage lang hat es gedauert, bis die „Fränkische Tagespost“ eine Antwort fand auf den in der Abendausgabe des „Fränkischen Kurier“ vom 7. März veröffentlichten Artikel über den „interessanten Zwist im sozialdemokratischen Lager“. Der Handlanger der „Tagespost“, Herr August Kynast, Verfasser der Notiz, und die Redaktion der „Tagespost“ glauben durch einen schlechten „Witz“ die ganze Angelegenheit abthun zu können. Das Verlangen der Organisation der Buchbinder, die „Tagespost“ solle ihre Buchbinderarbeiten nur bei tarifreuen

Firmen herstellen lassen, wird so hingestellt, als ob dieses Verlangen zu ganz lächerlichen Konsequenzen führen würde. Von der hiesigen „freisinnigen Klassenherrschaft“ wird aber verlangt, sie solle ihre städtischen Arbeiten nur an solche Unternehmer vergeben, welche die mit den Organisationen der Arbeiter getroffenen Vereinbarungen innehalten; von allen übrigen Kommunen und auch vom Staate wird daselbe verlangt, das Vorgehen des Pariser Gemeinderaths, welcher städtische Arbeiten nur an tarifreue Unternehmer vergiebt, wird verherlicht und den anderen städtischen Verwaltungen zur Nachahmung empfohlen. Daß man aber das, was man von Anderen verlangt, in erster Linie einmal selbst einführt, kann man natürlich von der „Fränk. Tagespost“, dem „Arbeiterblatt“, nicht verlangen. Zwischen dem Deutschen Buchbinderverband und dem Verband Deutscher Buchbinderbesitzer sind tarifliche Vereinbarungen getroffen worden, in welchen auch die Bestimmung steht, daß Mädchen an Papierschneidemaschinen nicht beschäftigt werden dürfen. Diese Bestimmung gilt natürlich nur für Privatunternehmer, vom hiesigen sozialdemokratischen Parteigeschäft kann man so etwas nicht verlangen. Das würde ja zu „ganz lächerlichen Konsequenzen“ führen. Im „Nürnberger Anzeiger“, im nationalliberalen „Wurfbüttchen“, überhaupt fast in jeder hiesigen Druckerei, ja sogar im „freisinnigen Lügen-Kurier“, werden nur geleimte Buchbinder an der Papierschneidemaschine beschäftigt, in dem „Musterbetrieb für Arbeiter“, in dem „größten Blatte Nürnberg“, ist so etwas nicht möglich! Ja, ja, Theorie und Praxis, das ist ein himmelweiter Unterschied. — Wie kann sich aber auch das hiesige Organisationsgänger der Buchbinder, die „Ausläufer“, erdreischen und so etwas ganz „Unmögliches“ von der „Tagespost“ verlangen! Wie kann sie sich erlauben, wider den Stachel zu löden! Das ist doch eine Disziplinlosigkeit sondergleichen! Eine „verdammte Jenseitschaft!“

Die „Fränkische Tagespost“ widmete der Sache darauf wieder folgende Notiz:

„Die hiesige Filiale des Buchbinderverbandes glaubt Anlaß zu Beschwerden gegen die Geschäftsleitung unseres Blattes zu haben. Sie veröffentlichte über die Angelegenheit in ihrem Organ einen Bericht, der direkt von Unwahrheiten, Uebertreibungen und Verdrehungen strotzt. Die ganze Sache läuft im Wesentlichen darauf hinaus, daß sich eine bestimmte Persönlichkeit seit Jahresfrist berufen glaubt, den Parteibuchbinder zu spielen, während Genosse Sybow in aller Höflichkeit der betreffenden Kommission bedeutete, daß ausreichende Arbeit für einen Buchbinder in unserem Geschäft nicht vorhanden, und Faulenzeposten nicht zu vergeben seien. Die Sache wird auf Antrag Sybows die nächste Preßkommissionssitzung beschäftigen. Trotzdem der „Fränk. Kurier“ die Sache als gefundenes Fressen ansieht und nach bekanntem Muster darüber Einblendungen „aus sozialdemokratischen Kreisen“ publiziert, sehen wir durchaus keinen Anlaß, uns vorher mit ihm und seinen Handlangern in eine Polemik einzulassen.“

Veranlaßt durch obigen Artikel sandte ich eine Erwiderung an die Redaktion der „Tagespost“, in der ich im Auftrag der Zahlstelle erklärte, daß Wort für Wort in dem Bericht von Nr. 8 unserer Zeitung auf Wahrheit beruhe und daß wir nicht geneigt seien, in dieser Angelegenheit den Müßzug anzutreten. Meinem Verlangen wurde von der Redaktion wie folgt stattgegeben:

„Nürnberg, 21. März.

Der Buchbinder Fritz Müller sendet uns in seiner Eigenschaft als erster Bevollmächtigter der hiesigen

Zahlstelle des Buchbinderverbandes einen Brief, in dem er sagt, daß bezüglich der in der „Buchbinderzeitung“ gemachten Angaben, die dann in der „Tagespost“ als unwarhaft bezeichnet worden sind, „jedes Wort auf Wahrheit beruht“. Wir haben die Zuschrift dem Geschäftsführer der Fränkischen Verlagsanstalt, Genosse Sybow, unterbreitet, und darauf folgende Antwort erhalten:

Wenn der Buchbinderverband keine Zeit hat, eine unbefangene Prüfung der Sachlage durch die Preßkommission abzuwarten (die ich, nicht der Verband, beantragt habe), so möge zur Kennzeichnung der mit so großer Emphase betonten Wahrheitsliebe für die Leser vorläufig Folgendes dienen: In dem betreffenden Bericht der „Buchbinderzeitung“ lautet die unzuverlässige, gewöhnlichste Stelle wörtlich: „Auch wissen wir genau, daß für den Verlag der „Fränk. Tagespost“ oft drei Firmen beschäftigt sind. Wenn sich bei diesen die Arbeit wirklich so billig stellt, so wollen wir das gerne glauben, wenn wir die dort bestehenden Arbeitsbedingungen etwas näher betrachten. Mit Ausnahme der einen Firma sind die beiden anderen die schlechtesten, die wir hier zu verzeichnen haben.“ Im Weiteren wird mehrfach von „Hungerlöhnen“ bei „beiden Firmen“ geschrieben. — Ich erkläre dem gegenüber, daß vom 11. Mai v. J. bis zur Unterbrechung mit der Buchbinderkommission wir niemals Buchbinderarbeit an andere, als an zwei ganz bestimmte Buchbindereien vergeben haben. Von der einen erkannte die Kommission selber an, daß sie ihren Anforderungen genüge. Von einer dritten Buchbinderei ist und konnte zwischen der Kommission und mir nicht die Rede sein. Von den für uns mit „Hungerlöhnen“ arbeitenden beiden Buchbindereien, die jetzt behaglich von der kapitalistischen Presse registriert werden, ist die eine Hälfte von der Buchbinderkommission bewußt hinzugezogen. Wie es um die Angriffe gegen die zweite steht, kann ich zu prüfen getrost der Preßkommission überlassen. Diese Buchbinderei arbeitet seit langen Jahren für Wörlein & Co. und viele hiesige Vereine. Wir zahlen ihr genau dieselben Preise, wie der von den Buchbindern anerkannten anderen Werkstatte. Bis zu jener Unterbrechung hat der Buchbinderverband mir gegenüber niemals irgend eine Beschwerde gegen die fragliche Buchbinderei erhoben. Ich habe sofort der Kommission erklärt, daß, wenn ihre Beschwerden — die sich hauptsächlich gegen längere Arbeitszeit, nicht gegen die Löhne richteten — zutreffend seien und Abhilfe nicht zu erzielen sei, wir eine andere Buchbinderei an Stelle der fraglichen nehmen würden. Daß der Buchbinderverband, anstatt sich nach einer ersten Beschwerde mit dieser glatten Zusage zufriedenzugeben, aus der Sache sofort eine Haupt- und Staatsaktion zur gefälligen Ausschlichtung für den „Fränk. Kurier“ und ähnliches Geschick macht, hat meines Erachtens seine Ursache darin, daß ich weder geneigt war noch bin, aus Scheu vor einem kleinen Rabau der Schaffung eines überflüssigen Postens — des sogenannten Parteibuchbinders — zuzustimmen.

Herrn. Sybow.

Es ist ja selbstverständlich, daß sich die betreffende Kommission der Buchbinder dadurch nicht sehr geschmeichelt fühlte. Ich erlaube mir natürlich wieder eine Erwiderung, die diese verbannte Wortklauberei jener Herren von der „Tagespost“ wie folgt widerlegt.

„Die „Fränkische Tagespost“ bringt in der letzten Nummer vom 31. März unsere Erwiderung nicht so, wie sie verlangt wurde. Da auch der Leiter der „Fränk. Tagespost“, Herr Sybow, eingesehen hat, daß sich eine Gewerkschaft, wie die der Buchbinder, nicht mit schlechten Wiken abfertigen läßt, macht er den sehr unglücklichen Versuch, aus besagtem Bericht der „Buchbinder-Zeitung“ die „gravierendste Stelle“ zu seiner Rechtfertigung anzuführen. An dieser Stelle heißt es unter Anderem: „Auch wissen wir, daß für die „Fränk. Tagespost“ oft drei Firmen beschäftigt sind.“ Dem gegenüber erklärt Herr Sybow wohlweislich, daß vom 11. Mai vor. J. bis zur Unterbrechung mit der Kommission nie mehr als zwei Firmen beschäftigt worden sind. Und wie war es denn vor dem 11. Mai, Herr Sybow? Haben nicht schon seit Jahren die Firmen Schmidt, Bist und Bintel für die „Tagespost“ gearbeitet? Aus dem Umstand, daß die dritte dieser Firmen jetzt nicht mehr für die „Tagespost“ arbeitet, die Kommission einer „bewußten Lüge“ zu zeihen, ist doch eine Unverschämtheit.

Herr Sybow schreibt ferner: Er habe sofort der

Kommission erklärt, daß wenn unsere Beschwerden zutreffend seien, er eine andere Buchbinderei an Stelle der fraglichen mit der Arbeit betrauen würde. Das ist eine Unwahrheit! Herr Sybow hat ausdrücklich erklärt: Er sei nicht abgeneigt, Arbeiten an eine andere Firma zu vergeben, wenn diese Firma die Arbeit ebenso billig herstelle. Das ist für uns der gravierendste Punkt. — Wir könnten ebenfalls noch einige, für die „Fränk. Tagespost“ sehr gravierende Stellen anführen. Doch würde es zu weit führen, wollten wir auf alle Einzelheiten näher eingehen. Dazu erscheint uns die hiesige „Arbeiterpresse“ nicht unparteiisch genug. Wir werden den ganzen Verlauf dieser Angelegenheit in unserer „Buchbinder-Zeitung“ ausführlich zur Sprache bringen. Dafür, daß ein Kollege den „Fränkischen Kurier“ zu seinen Anlässen benutzt hat, kann die Verwaltung der Zahlstelle nicht verantwortlich gemacht werden.“

Diese Widerlegung meinerseits konnte natürlich die „Fränk. Tagespost“ nicht aufnehmen, da sie sich sonst vor der ganzen Arbeiterschaft blamiert hätte. Dafür stand im „Briefkasten“ folgende Notiz:

„An den Bevollmächtigten der Zahlstelle Nürnberg des Deutschen Buchbinderverbandes. Solange Sie sich nicht eines Tones befleißigen, wie er unter anständigen Menschen üblich ist, müssen wir darauf verzichten, Ihre Episteln abzurufen. Vielleicht hat ein „unparteiisches“ Blatt mehr Verständnis für derartige Stilübungen.“

Die letzte Mitgliederversammlung, die sich mit dieser Angelegenheit befaßte, hat nach langer Debatte folgenden Antrag einstimmig angenommen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, die ganze Angelegenheit in der „Buchbinder-Zeitung“ ausführlich zu veröffentlichen; auch soll in der „Fränk. Tagespost“ eine Erwiderung von unserer Seite gebracht werden. Ferner wird die Verwaltung beauftragt, für den Fall, daß durch die Preßkommission keine für uns annehmbare Einigung erzielt wird, Zirkulare drucken zu lassen, welche an sämtliche Gewerkschaften versandt werden.“

Welcher hat die „Fränk. Tagespost“ unsere Erwiderung nicht aufgenommen, angeblich weil sich der Verfasser dieser Erwiderung nicht eines Tones befleißigt haben soll, wie er unter anständigen Menschen üblich ist.

Uns erscheint es aber als ein dem Genossen zu gewährleistendes Recht, ihm die Spalten eines Parteiorgans zur Rechtfertigung zu öffnen.

Soweit der bisherige Verlauf der Sache. Jetzt hat Genosse Sybow in der Preßkommission den Antrag gestellt, die Sache zu untersuchen. Wir haben uns deshalb nicht an die Preßkommission gewendet, da wir von vornherein der selten Ueberzeugung waren, daß wir damit nicht unseren Zweck erreichen. Außerdem war gleich nach der ersten Kartellierung der bekannte Schusterartikel erschienen. Daß man auf einen derartigen Artikel hin nicht Lust hatte zu Kreuz zu kriechen, ist selbstverständlich.

Es liegt jedenfalls im Interesse der Partei und der Parteipresse, diesen Streitfall so schnell als möglich aus der Welt zu schaffen.

Zum Schluß meiner Ausführungen verweise ich nochmals auf den Artikel in Nr. 8 unserer Zeitung, von dem wir nach wie vor erklären, daß er vollständig der Wahrheit entspricht. Wenn man uns immer und immer wieder der bewußten Lüge, Verbrechung und Verleumdung zeugt, dann haben wir jedenfalls das Recht und auch die Macht, gegen derartige Machinationen ganz energisch Front zu machen.

Im Auftrag der Zahlstelle Nürnberg.
Der Bevollmächtigte: Fritz Müller.

Die Zustände in der Kartonnagenfabrik der Firma A. Blohorn in Offenbach a. M.

Den meisten der hier in Arbeit gestandenen Kollegen wird dieser „Musterbetrieb“ in steter Erinnerung bleiben. Da die Zustände in betreffendem Geschäft von Tag zu Tag immer unwürdiger werden, so fühlen

wir uns veranlaßt, über das Gebahren der Geschäftsinhaber einige Entwürfungen zu machen.

Wie schwer denselben unsere Organisation im Magen liegt, beweist folgender Fall. Gingen da an einem der letzten Sonntage zwei dort beschäftigte Kollegen mit einem anderen spazieren. Am folgenden Montag hatte der eine Prinzipal nichts Günstigeres zu thun, als die betreffenden Kollegen zu fragen, mit wem sie aus waren. Als sie der Wahrheit die Ehre gaben, wurde dem Einen getündigt, während dem Anderen gewahrt wurde. Der Grund hierfür ist der, daß der dritte Kollege schon früher dort gearbeitet, und was das größte Verbrechen in den Augen jener Herren ist — er gehört dem Buchbinderverband an und erachtet es selbstverständlich als Pflicht, bei den dort beschäftigten Kollegen ausklärend zu wirken. Also Jeder, der irgendwie in Verührung mit der Kipp — wie sich Herr Blohorn ausdrückt — kommt, wird entlassen.

Auf welcher hohen Basis die Bildung der Firmeneinhaber steht, geht aus Aeußerungen hervor, die sich jeder anständige Mensch sträubt, niederzuschreiben. Man wird es dann begreiflich finden, wenn das Ehrgefühl des einen oder anderen Kollegen es nicht zuläßt, sich mit solchen Titulationen beehren zu lassen und er sich ganz entschieden dagegen verweigert. Hut er letzteres, so wird er gekündigt und man verweist ihn auf das große Arbeitsangebot von auswärtigen Kollegen. Wie hoch dieselben von den Geschäftsinhabern eingeschätzt werden, geht daraus hervor, daß man sich rühmt, einen großen Bund Briefe von ausgelehrten „Lahm Ruben“ zu besitzen, welche froh sein würden, bei ihm (Herrn Blohorn) arbeiten zu dürfen. Auch von Buchholz und Annaberg i. S. soll er Briefe resp. Arbeitsangebote erhalten haben.

Im Uebrigen ist der Ton, den diese Herren ihrem Personal gegenüber anschlagen, eher geeignet sich in einen Schlachtviehhof zu versetzen, als wie in eine Arbeitsstätte. Nicht allein die lebigen, sondern auch verheiratete Kollegen sind solcher Behandlung ausgesetzt. Ist da vor circa einem Jahre ein verheirateter Kollege nach hier als Geschäftsführer engagiert worden mit fünfjährigem Kontrakt. Er ist dadurch an die Scholle gefesselt und gezwungen, sich den Launen des Arbeitgeber zu fügen. Nachdem er sammt seiner Familie hier zugereist, spürte auch er die miserable Behandlung von Seiten der Prinzipale; sie erlauben sich das, da sie genau wissen, wie schwer es einem Familienvater wird, seine Stellung zu wechseln.

Ein weiteres Bild des liebevollen Einvernehmens zwischen Prinzipal und Arbeiter bietet uns ein Blick in die Fabrikordnung, welche derartig mangelhaft ist, daß der Unternehmervolltät in Betreff der Strafen Thür und Thor geöffnet ist. Daß dieselben nicht zu spärlich ausfallen, davon wieder ein kleines Beispiel. Am Freitag den 15. März sprachen zwei Frauen über die Ausführung ihrer Arbeit und sofort wurde ihnen eine Strafe von 50 Pf. zubilligt. Auf eingelegten Protest wurde denselben das Comptoir verwiesen; sie verließen hierauf die Fabrik. Nach am anderen Morgen erfolgter Kündigung wurde ihnen nochmals eine Strafe von 1 Mk. wegen Verlassens der Arbeit auferlegt. Nach erfolglosem Protest hiergegen suchten die Arbeiterinnen ihr Recht an anderer Stelle, so daß der Herr Chef das Geld zurückzahlen mußte.

Nun wird vielleicht von manchem Kollegen der Einwand erhoben werden: Warum hat man derartige Mißstände einreißen lassen? Es ist schon früher alles versucht worden, um dort mit Werkstubeversammlungen Erfolge zu erzielen; aber woran liegt die Schuld? An Leuten, welche sich nicht schämen, ihre eigenen Mitarbeiter zu verrathen und zu benutzieren. Findet eine Werkstatte statt, so wird länger gearbeitet, um dem Personal den Besuch derselben illusorisch zu machen. Findet eine Maßregelung statt, so sind es gerade diese Kollegen, welche ihre organisierten Kollegen verböhsen und verspotten. Wirklich eine elende, niedrige That, als Verräther ihrer Mitarbeiter zu gelten, aus lauter Liebedienerei dem Chef gegenüber! Es ist wirklich einmal hohe Zeit, daß wir einigermaßen Einblick in die schauerhaften Zustände dieses „Musterbetriebes“ genommen haben.

An den auswärtigen Kollegen soll es nun liegen, uns in der Abschaffung dieser Uebelstände moralisch zu unterstützen, indem wir darum ersuchen, dieser Firma ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Wir glauben, daß sich kein Kollege nach den angeführten Thatfachen verhalten lassen wird, sich nach den Fleischtöpfen der Firma A. Blohorn zu sehnen. Nachdem sich die Fabrikpächter auf die vielen Arbeitsangebote von auswärtig

berufen, muß die größte Ehrenpflicht eines jeden Kollegen sein, dieses Geschäft zu meiden bis der Arbeiter selbst als Mensch behandelt wird. Gebt, Kollegen allerorts, diesen sauberen Prinzipalen keine Gelegenheit mehr, daß sie sich fernerhin auf die vielen Angebote berufen können, dann werden sich auch die Geschäftsinhaber bestimmen, in welcher Weise man einen Arbeiter behandeln muß. Zeigt, Kollegen, daß ihr auf einer höheren Bildungsstufe angelangt seid als jene Herren und darum: Weibet den Zugang nach der Firma A. Blöhorn in Offenbach a. M.

Der Vorstand der Zahlstelle Offenbach a. M.

Bericht vom Gantag des Gauces X.

Abgehalten am 17. März 1901 in Düsseldorf.

Der Gauvorsitzende Kollege Anwärter eröffnet nach kurzer Begrüßung um 11 Uhr die Verhandlungen. Zur Feststellung der Präsenzliste wird eine Mandatprüfungs-kommission, bestehend aus den Kollegen Arndt-Elberfeld und Jung-Krefeld, gewählt; als Schriftführer fungieren Kaiser-Köln und Carisch-Essen. Die Mandatprüfungs-kommission beantragt, obwohl einige Delegierte ohne schriftliches Mandat erschienen sind, alle Mandate für gültig zu erklären, dem die Versammlung nach kurzer Debatte zustimmt. Vertreten sind: der Gauvorstand durch Lur und Anwärter. Zahlstellen: Dortmund durch Henrichsen; Hagen: Schloßhahn; Gelsenkirchen (Essen): Carisch-Essen; Duisburg-Ruhrort: Arnzen; Düsseldorf: Haußwald; Elberfeld: Arndt; Barmen: Sundermann; Krefeld: Jung; Solingen-Wald: Bruns; Köln: Kaiser; Aachen: Bobbin.

Lur gibt nunmehr den Bericht des Gauvorstandes, indem er den in Nr. 28 vom Jahre 1900 in unserer Zeitung erschienenen Bericht verliest und hinzufügt, daß der Gauvorstand auch seitdem unablässig bemüht war, unserer Organisation in solchen Städten Boden zu gewinnen, in denen bisher solcher gar nicht oder wenig vorhanden war, und sind auch Erfolge, besonders in jüngster Zeit, nicht ausgeblieben. Zu bemängeln habe er die Taktik der meisten Zahlstellen, die weder Berichte an den Gauvorstand einlegten, noch denselben über Lohnbewegungen oder sonst größere Aktionen in Kenntnis gesetzt und die ganze Einrichtung wohl nur als notwendiges Uebel betrachtet haben. Eine Agitationstour durch den Gau, zu welcher Kollege Albert aus Dresden vorgezogen war, ist unterblieben, da Albert inzwischen als Redakteur nach Zwettau berufen wurde und ein anderer Referent nicht zur Verfügung stand. — Arndt-Elberfeld als Mitglied des rheinischen Agitations-komitees hält die Gaueinteilung für überflüssig, da die Einrichtung nun aber bestehe, müsse man den Gauvorstand möglichst selbständig machen, dadurch, daß man ihm vierteljährlich eine Geldsumme zur Agitation überweist, damit derselbe nicht notwendig habe, um jede einzelne Markt beim Gauvorstand zu petitionieren. Wenn die Agitationskommission keinen Bericht eingeleistet habe, so sei das wohl bei der vielen Arbeit, die die Kommission zu bewältigen hatte, übersehen worden. Die Agitationskommission für Rheinland kann auf einen ganz guten Erfolg zurückblicken, sie hat zunächst in Städten, in denen unsere Organisation noch nicht vorhanden war, Verbindungen angeknüpft, ferner die siegreich beendete Lohnbewegung in Krefeld nach Kräften unterstützt und als im vorigen Jahre sich unter der Arbeiterschaft im Wuppertale eine allgemeine Gährung bemerkbar machte, hat sie diesen Moment benützt, um auch für unsere Berufsangehörigen etwas zu erringen; durch Veranstaltung von öffentlichen Versammlungen in allen in Betracht kommenden Städten wurde ein großer Teil der bis dahin noch indifferenten Masse der Organisation zugeführt, wodurch es gelang, in einigen Städten in Lohnbewegungen zu treten, die größtenteils von Erfolg gekrönt waren. Es werden auch heute noch die damals getroffenen Vereinbarungen streng durchgeführt. Außerdem wurde an alle Zahlstellen Rheinlands ein Zirkular gefandt, worin die Kollegen aufgefordert wurden, auch an ihrem Orte nach einer Verbesserung ihrer Lage zu streben.

Carisch-Essen fragt an, ob die Agitationskommission die nötigen Schritte gethan habe, um die Zahlstelle Bonn zu erhalten. Bruns-Solingen bemerkt, der Agitationskommission kann ein Vorwurf nicht gemacht werden, die Kollegen am Orte selbst müssen das Nötige thun, um ihre Zahlstelle zu erhalten. Kaiser-Köln bekundet, die Kölner waren gewillt, die Zahlstelle Bonn zu halten, doch seien die dortigen Kollegen zu nutzlos gewesen. Jung-Krefeld nimmt die Zahlstellen gegenüber dem Vorwurf des Gauvorstandes wegen Nichtberichterstattung in

Schutz. Der Gauvorstand müsse bei Ausbruch einer Lohnbewegung sich von selbst mit der Zahlstelle in Verbindung setzen. Nachdem Sundermann-Barmen diesen Ausführungen wiederprochen und Lur auf eine Interpellation Bruns-Solingen wegen seines Ausbleibens als Referent in einer Versammlung geantwortet hat, wird die Diskussion über den 1. Punkt geschlossen und in die Generaldebatte über Punkt 2 „Agitation“ eingetreten. Da weitergehende Anträge gestellt sind, zieht Bruns-Solingen den von seiner Zahlstelle gestellten Antrag auf Teilung des Gauces in zwei Bezirke zurück und plaidiert für Annahme des Antrags Köln-Aachen, der drei Bezirke verlangt. Kaiser-Köln und Bobbin-Aachen begründen die Anträge ihrer Zahlstellen: durch Einteilung des Gauces in drei Bezirke würde nicht nur Geld gespart, sondern auch die Agitation könne viel zweckmäßiger und intensiver betrieben werden.

Henrichsen-Dortmund bittet um Annahme des Antrags seiner Zahlstelle, wonach jede Zahlstelle aus ihrer Mitte ein Agitationskomitee zu wählen habe, welchem die Aufgabe der Agitation am Orte und in der Umgebung zufällt. Schloßhahn-Hagen beklagt sich über die Engbergigkeit des Verbandsvorstandes, der die Mittel zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung in Lüdenscheid, von der sich die Hagerer Mitglieder großen Erfolg versprochen hatten, verweigert habe. Hierüber giebt Jung-Krefeld seiner Verwunderung Ausdruck, da Kollege Dietrich ihm gelegentlich seiner Agitationstour durch den Gau erklärt habe, Geld zur Agitation in Rheinland und Westfalen stände jeder Zeit zur Verfügung. Lur und Anwärter verteidigen den Verbandsvorstand wegen seiner ablehnenden Haltung zur Versammlung in Lüdenscheid, da an dem Orte schon mehrfach Versuche mit stets negativem Erfolg gemacht worden seien. Hiermit schließt die Generaldiskussion und tritt nunmehr eine einstündige Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung, die um 2 Uhr beginnt, wird nach kurzer Debatte der Antrag der Zahlstellen Köln-Aachen, wonach der Gau in drei Bezirke einzuteilen ist, in namentlicher Abstimmung angenommen und die Bezirke wie folgt eingeteilt: 1. Regierungsbezirk Münster und Arnberg, Borort Dortmund; 2. Regierungsbezirk Düsseldorf, Borort Elberfeld; 3. Regierungsbezirk Köln und Aachen, Borort Köln. Zu Punkt 4 der Tagesordnung, „Wahl eines anderen Gauvorortes“, entfallen auf Elberfeld 9 und auf Dortmund 2 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung. Somit ist Elberfeld als Gauvorort gewählt und werden die dortigen Kollegen umgehend die nötigen Wahlen vornehmen, damit nach deren Bestätigung durch den Verbandsvorstand die Wahl der Bezirksvorstände vollzogen werden kann. Eine längere Erörterung entspinnt sich über Antrag 3, von Solingen-Wald gestellt: „Errichtung eines allgemeinen Arbeitsnachweises für den X. Gau mit dem Sitze am Hauptvorort“. Bruns-Solingen begründet den Antrag seiner Zahlstelle mit ziemlich stichhaltigem Material und tritt warm für die Annahme des Antrags ein, desgleichen Paradowitz-Düsseldorf als Gast. Anwärter glaubt von einer Annahme des Antrags abzuhalten zu müssen, da die Einrichtung ein schwerfälliger umständlicher Apparat sei, viel Geld kosten und sich schließlich doch nicht rentieren würde; aus welchen Gründen auch wohl der Verband seinen Zentralarbeitsnachweis habe fallen lassen, überdies hätten sich die städtischen Arbeitsnachweise zu sehr eingebürgert. Sollte Bedürfnis nach Arbeitsnachweisen vorhanden sein, so sei die Einrichtung eines solchen wohl doch nur an dem betreffenden Orte angängig.

Arndt-Elberfeld ist gegen einen offiziellen Arbeitsnachweis, sollten an einem Orte Stellen frei sein, die durch die dortigen Kollegen nicht zu besetzen sind, oder ein Ueberfluß von Arbeitkräften vorhanden sein, so ist dies der nächsten Zahlstelle mitzuteilen und so die Besetzung von Stellen respektive Unterbringung von Arbeitkräften zu regeln. Bobbin-Aachen bittet um Annahme des Antrags in vorliegender Form. Hätte die Einrichtung zur Zeit schon bestanden, so wäre es leicht möglich gewesen, die gemäßigten Kollegen seiner Zahlstelle unterzubringen. Kaiser-Köln meint, man solle nicht immer vor dem Geldpunkt und vor Neuerungen zurückschrecken, der Arbeitsnachweis sei neben seinem Vortheil für die Kollegen auch ein gutes Agitationsmittel.

Ein Schlußantrag wird angenommen und in namentlicher Abstimmung mit 6 gegen 5 Stimmen die Errichtung eines Arbeitsnachweises für den Gau X beschlossen und der Gauvorstand mit der Inangriffnahme der Vorarbeiten beauftragt. Die Anträge 4 und 5 der Zahlstelle Köln, wonach die Zahlstellen gehalten sind, vierteljährlich ihre Berichte, wie sie in den General-

versammlungen gegeben werden, an den zuständigen Bezirksvorstand einzusenden, welcher wieder dem Gauvorstand halbjährlich Tätigkeits- und Situationsbericht erstatten soll und letzterer dann alljährlich einen Gesamtbericht im Verbandsorgan zu veröffentlichen hat, werden nach einer Begründung Kaiser-Köln und nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Eine lebhaft diskutierte entspinnt sich über den Antrag Duisburg-Ruhrort, der es jedem Mitglied zur Pflicht macht, falls an seinem Orte eine Zahlstelle besteht, auch an derselben seine Beiträge zu entrichten habe. Nach einer Begründung durch Arnzen-Duisburg beteiligen sich an der Diskussion Jung-Krefeld, Bobbin-Aachen und Kaiser-Köln, worauf der Antrag mit 6 gegen 4 Stimmen angenommen wird. Der vom Gauvorstand gestellte Antrag 8, betreffend prozentuale Verteilung der Unkosten des Gauvorstandes zum Gantag auf die Zahlstellen, wird, da sich die Unkosten auf nur 20 Mk. belaufen, dahin erledigt, daß jede beteiligte Zahlstelle 1,85 Mk zu entrichten hat. Unter „Verschiedenes“ liegt ein Resolution Bruns-Solingen, die das Verhalten einiger Parteibrüder unseren Kollegen gegenüber scharf geißelt, vor; dieselbe findet jedoch nicht die Zustimmung der Versammlung.

Henrichsen-Dortmund regt die Einführung des Tarifs in allen Zahlstellen an, da es sonst durch den Zugang den Zahlstellen, die eine Lohnerböschung errungen haben, schwer fallen wird, die Erhöhung auf die Dauer zu erhalten, er (Redner) halte den Minimallohn Dortmunds (Mk. 22,50) für angemessen und auch erreichbar. Jung-Krefeld giebt eine Uebersicht über die Erfolge der Bewegung in seiner Zahlstelle, die Lohnerböschungen betrügen in manchen Fällen 6 bis 8 Mk., aber den Minimallohn Dortmunds zu erreichen sei vorläufig noch nicht möglich. Kaiser-Köln beantwortet die Anregung Henrichsen. Haußwald-Düsseldorf glaubt, daß in seiner Zahlstelle in absehbarer Zeit an eine Lohnbewegung nicht zu denken sei. Grönhoff-Elberfeld als Gast sagt, wenn auch nicht zu verkennen sei, daß die vorjährigen Lohnbewegungen in unserm Gau teilweise ganz annehmbare Vortheile gebracht hätten, so dürfen doch die Kollegen nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen, die heute hier zu Gehör gekommenen Lohnlisten einiger Städte, die Löhne von 8 Mk. und darunter aufweisen, müßten ja auch den letzten denkenden Kollegen in die Organisation treiben, damit endlich solche für unseren Beruf schmachvolle Zustände verschwinden. Wenn neuerdings wieder eine Erhöhung der Lebensmittelpreise durch Einführung des neuen Getreidezollens geplant sei, so gebe uns das ein Recht zu verlangen unser Einkommen zu erhöhen und aus diesem Grunde müssen wir um die Erreichung eines möglichst hohen Minimallohnes bestrebt sein. (Lebhaft Zustimmung.) Ein noch eingelaufener Antrag Arndt-Elberfeld, „der Verbandsvorstand habe den Gaubevollmächtigten zum Zwecke der Agitation eine bestimmte Geldsumme zu überweisen, über deren Verwendung die Gaubevollmächtigten vierteljährlich mit der Verbandskasse abrechnen“, wird angenommen. Hierauf schließt der Vorsitzende Kollege Anwärter den Gantag mit einem begeistert aufgenommenen „Heu“ auf die gesammte Arbeiterbewegung und insbesondere auf den deutschen Buchbinderverband. D. F. Carisch-Essen.

Korrespondenzen.

Aachen. Ueber die Musterkartenfabrik von Geulen & Nebe ist die Sperre verhängt.

Achtung! Stuisarbeiter!

Es wird erucht, kein Engagement nach Berlin, Firma W. Bloch (Inhaberin Fr. Hoffmann), Breitenstraße 4, anzunehmen, da Differenzen ausgebrochen sind.

Hamburg. In der am 9. März in der „Karlsburg“ stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde der erste Punkt der Tagesordnung: „Die Geschäftsordnung der Zahlstelle Hamburg und deren Aufsammlung“ auf die nächste Versammlung vertagt. Entscheidend war dafür, daß ein großer Teil der Kollegschaft bisher sich wenig um die Geschäftsordnung resp. die Unterstützungseinrichtungen und deren Reglements kümmerte; diesen soll nun Gelegenheit geboten werden, bis zur nächsten Versammlung sich die Reglements genauer anzusehen, eventuell Erweiterungsanträge zu den Unterstützungen zu stellen.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zur Gründung der Portefeullergewerkschaft?“ führt zunächst Kollege Grimm aus, daß es zu bebauern sei, daß die Portefeuller sich eine Sonderorganisation (Fortsetzung siehe Seite 102, 2. Spalte.)

und einander nähern oder voneinander entfernen lassen, indem die scharfen Ränder aneinander vorbei laufen, wodurch eine Einstellung des Rahmens auf verschiedene Größen und Formate, genau dem an den Rändern zu prägenden Papier entsprechend, erzielt werden kann.

Abänderungen im Adressverzeichnis.

Adressen der Gaubevollmächtigten.

Gau II. Die Regierungsbezirke Königsberg, Gumbinnen, Danzig und Marienwerder. Gauvorort Königsberg: Julius Wiemer, Königsberg, Magisterstraße 44 II.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Brandenburg a. S.: Joh. Faber, Or. Gartenstr. 2 III. Erlangen: Max Fesche, Feldstraße 15 II.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszahler.

Königsberg i. Pr. Z. Ernst Schneidereit, Steinbammer Wallstraße 4 a; von 12 1/4 - 1 1/4 Uhr.

Fragekasten.

Wer kann mir eine Bezugsquelle für grauen Landkartenstoff (1,80 bis 2,00 Meter breit) angeben? Gebraucht werden 300-400 Meter.

Wie lebt man am sichersten Kalblederpapier auf politiertes, vernickeltes Zinkblech, so daß dasselbe nach dem Trockenwerden nicht wieder abspriingt?

Briefkasten.

E. B. in B. Bestätige den Empfang von 28,80 Mfr. für Inzerate von B. Vielen Dank für Bemühung.

J. D. in H. Kommt gelegentlich zur Verwendung. Der Roman eignet sich nicht für unsere Zeitung, da abgesehen von dem sicher nicht niedrigen Honorar für die Autorin, wegen seines Umfangs zahlreiche Fortsetzungen kommen müßten. Ich schätze ihn übrigens nicht ganz so hoch ein, wie Sie.

M. R. in G. Eignet sich nicht zum Abdruck in die Zeitung; diese Mitteilung an den Gauvorstand gemacht, müßte doch dieselbe Wirkung haben. Die Beschönigung der Sonderbestrebungen scheint mir nicht sehr glücklich gewählt.

Chr. Sch. in R. Teilen Sie mir bitte mit, wann Sie hier eintreffen.

Nach München. Erfreut über Zusendung. Da läuft man wohl Gefahr, auch einmal als Zielscheibe für die Münchener Satire dienen zu müssen.

Nach Erlangen. Den Berufsgenossenschaften liegt laut Reichsversicherungs-gesetz die Fürsorge ob, für die in ihr angeschlossenen Betriebe vorkommenden Unfallverletzten durch Aussetzung einer Rente zu sorgen. Ob die Papierverarbeitungsberufs-genossenschaft noch nebenher wirtschaftliche Interessen verfolgt, entzieht sich unserer Kenntnis. Zurückgestellt: Korrespondenzen aus Köln und Erlangen.

Kollege Bechtel, früher Bevollmächtigter der Zahlstelle Düsseldorf, sendet aus dem Genesungsheim der deutschen Marine in Yokohama den Kollegen herzliche Grüße.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc. (Eingeführ. Hilfsk.) Sitz Leipzig. 157] [3,50

Verwaltungsstelle Würzburg.

Sonntag den 14. April cr., Vormittags 10 Uhr, im Restaurant Oberthür

Hauptversammlung.

Tagesordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl des Schriftführers. 3. „Städtisches Krankenhaus.“ Referent: Kollege Schmitt. 4. Neuaufnahmen und Verschiederenes. Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Leipzig.

Am 10. März cr. verstarb unser Mitglied

Herm. Robert Krempler

aus Stützeritz, 45 Jahre alt.

Am 11. März cr. d. d. g. l., unser Mitglied

Wilhelm Emil Manike

aus Leipzig, 50 Jahre alt.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Stuttgart.

Montag den 1. April, Abends 8 Uhr,

Mitglieder-Versammlung

im „Gewerkschaftshaus“, Pfingsterstraße.

158] Tagesordnung: [1,70

- 1. Malfeier. 2. Gewerkschaftsbericht. 3. Wahl eines Arbeitslofenunterstützungsauszahlers. 4. Abrechnung vom Maskenball. 5. Verschiedenes und Fragekasten.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist notwendig!

Der Vorstand.

Zahlstelle Hamburg.

Sonntag den 13. April, Abends 9 Uhr, im Restaurant „Zur Karlsburg“, Ecke Fischmarkt

Mitglieder-Versammlung.

159] Tagesordnung: [1,90

- 1. Entgegennahme der Urabstimmung zur Erweiterung unseres Lokalen Unterstützungsvereins. 2. Revision resp. Abänderungsanträge des Geschäftsordnungsreglements der Zahlstelle Hamburg. 3. Erlebigung sachl., sozialpolitischer und national-ökonomischer Fragen mit Diskussion. 4. Innere Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

NB. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Mitglieder.

Stuttgart.

Krankenkasse der Buchbinder etc. (Totalkasse).

160] [1,80

Samstag den 30. März, Abends 8 Uhr

General-Versammlung

im „Römischen König“, Holzstraße.

Tagesordnung siehe § 20 des Statuts.

Unter Hinweis auf § 21 des Statuts werden die Mitglieder zu zahlreichem und pünktlichem Besuch freundlichst eingeladen.

Der Ausschuss.

Unserem lieben Freunde und Kollegen [0,90

Heinr. Wolfrum

zu seiner Abreise ein

„Herzliches Lebewohl!“

Wir wünschen Glück zu seinem ferneren Wohlergehen. H. Roth. Georg Marktanner. Joseph Behr. 161] Otto Roth. Jos. Resselhauf.

Unserem langjährigen treuen Verbandsmitgliede

162] J. Dingeldey [0,60

zu seiner Abreise von hier ein „Herzliches Lebewohl!“

Die Kollegen der Zahlstelle Duisburg-Ruhrort.

Bei meiner Abreise sage allen Kollegen der Zahlstelle Karlsruhe an dieser Stelle ein [0,80

Herzliches Lebewohl!

163] Heinrich Wolfrum.

Buchbinderei-Verkauf.

In bester Geschäftslage Stuttgarts ist Familienverhältnisse halber eine vor 37 Jahren gegründete

Buchbinderei mit Ladengeschäft

und treuer Kundschaft, nachweislich jährlicher Umsatz 15000 Mfr., unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Einem strebsamen jungen Manne wäre Gelegenheit zu sicherer Existenz geboten. Nähere Auskunft erteilt

Fritz Kayser,

164] Stuttgart, Gartenstraße 15.

Buchbindergehilfe,

verheiratet, welcher in sämtlichen vorkommenden Arbeiten der Buchbinderbranche betraut ist, sucht hierdurch dauernde Stellung. [1,00

Gefl. Offerten unter G. St. 1500 an

Paul Hollerung,

165] Plauen i. Vogtl., Jägerstraße 57 II.

Schöne Ansichtskarten

erwidert sofort

Theodor Zomack. [0,70

166a] München, Schleißheimerstraße 28 b II.

Gegründet 1889.

Buchbinder-Männerchor Berlin.

Gegründet 1889.

(Mitgl. d. Arb.-Sänger-Bundes.)

Sonntag den 7. April (1. Osterfeiertag)

Feier des 12. Stiftungsfestes

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Allee 15,

167] bestehend in [8,00

Instrumental-Konzert, ausgef. v. Mitgl. d. neuen Berliner Konzert-Orchesters.

(Dirigent: Rud. Tietz.)

Chor, Solo, Quartetts und humoristischen Aufführungen,

ausgeführt von Mitgliedern des Buchbinder-Männerchors unter Mitwirkung des Frln. Keller.

Nach dem Konzert:

Grosser Ball.

Herren, die am Tanze teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Anfang Abends 6 Uhr.

Entree incl. Programm und Liedertext 30 Pf.

Programme sind bei sämtlichen Mitgliedern, sowie Vertrauensleuten und in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben.

Abendkasse darf nicht stattfinden.

Alle Kollegen, Freunde und Gönner ladet hierzu freundlichst ein

Der Vorstand.

NB. Vom 15. Mai bis 11. August d. J. können Kollegen nicht als Mitglied aufgenommen werden wegen der von den 3 Vereinen Dresden, Leipzig, Berlin veranstalteten Matinee, welche am 11. August in der Brauerei Friedrichshain stattfindet. Kollegen, die noch Mitglied werden wollen, mögen sich so bald als möglich zur Aufnahme melden. Übungsstunde ist Freitag, Abends von 7 1/2-11 Uhr im Fürstenthor, Köpenickerstraße 187. D. O.